

Datenbank zu Zwangsheirat und FGM in Österreich wird aufgelöst

Seit ihrer Einrichtung im Jahr 2006 nur elf Fälle gemeldet: Frauenministerin will stattdessen auf Info-Offensive setzen

Wien - Die Datenbank zu Zwangsverheiratungen und Genitalverstümmelungen in Österreich hat sich als Misserfolg erwiesen. Seit ihrer Einrichtung im Jahr 2006 - unter der ehemaligen Frauenministerin Maria Rauch-Kallat - bis Anfang 2008 seien nur sieben Fälle von Zwangsehen und vier Genitalverstümmelungen gemeldet worden. Das geht aus einer parlamentarischen Anfrage an Frauenministerin Doris Bures hervor.

Die Erstellung der Datenbank war ein Pilotprojekt, um Zahlenmaterial über das Ausmaß der Gewalt gegen Frauen mit Migrationshintergrund zu sammeln. Da es sich aber sowohl bei der Genitalverstümmelung als auch bei der Zwangsheirat um Straftatbestände handelt, hätte "das Melden so nicht funktioniert", heißt es aus dem Ministerium.

Info-Offensive statt Meldeoption

Die Datenbank soll daher in der "derzeitigen Form" aufgelöst werden. Stattdessen will das Ministerium auf eine Informationsoffensive zur Problematik und verstärkt auf die Verbesserung der Anlaufstellen für Betroffene setzen. Bis Mitte des Jahres soll außerdem ein entsprechendes Informationspaket geschnürt werden.

Laut Schätzungen sollen hierzulande 6.000 Frauen von Genitalverstümmelungen betroffen sein.

ÖVP-Frauen über Auflösung empört

Die geringe Anzahl der gemeldeten Fälle sei kein Anzeichen für Misserfolg sondern zeige, dass Frauenministerin Doris Bures (S) in ihrer Amtszeit auf die Datenbank "vergessen" habe, so die sinngemäße Kritik der Generalsekretärin VP-Frauen Monika Posch am Dienstag in einer Aussendung. "Die Aufregung nicht verstehen" kann die SPÖ-Frauen- und Gleichbehandlungssprecherin Gabriele Heinisch-Hosek.

Die Erhebung sollte Grundlage für die breite Information, Sensibilisierung und Aufklärung darstellen, erklärte Posch weiter. Es sei "selbstverständlich notwendig", diese Datenbank aktiv zu betreuen und ÄrztInnen, PädagogInnen, SozialarbeiterInnen, PolizistInnen und StaatsanwältInnen regelmäßig auf das Weiterleiten der Fälle hinzuweisen, so die VP-Frauenvertreterin.

Heinisch-Hosek verteidigte die geplante Vorgangsweise des Frauenministeriums. Nach dem "Flop der ÖVP-Maßnahmen" setze man nun vielmehr auf direkte Unterstützung von Migrantinnen. Die Datenbank in der derzeitigen Form solle zwar aufgelöst werden, allerdings werde stattdessen verstärkt auf direkte Unterstützung, Information und niederschwellige Anlaufstellen gesetzt, so die SP-Abgeordnete. (APA)